

„Wir werden es grundlegend anders machen“, hat die Kanzlerkandidatin Angela Merkel angekündigt. Das bezog sich in erster Linie auf die Wirtschafts-, Sozial-, Haushalts- und Technologiepolitik. Doch auch in der Außenpolitik und bei der Arbeit am Projekt Europa hat sich Rot-Grün im Urwald der Probleme verirrt. Republik ohne Kompass... Die Ankündigung „grundlegend anders“ wird sich also auch auf diese Dimensionen beziehen müssen.

Vier Fragen seien im Folgenden diskutiert, bei denen eine neue, unionsgeführte Regierung andere Wege suchen sollte. Warum immer mit Frankreich? – lautet die erste dieser Fragen. Wie unentbehrlich ist Amerika, und zugleich wie gefährlich, lautet die zweite. Welches Konzept könnte das diskreditierte Konzept uferloser Erweiterung der EU ablösen? Und schließlich viertens: Kann und darf die EU noch weiter vertieft werden?

Warum immer mit Frankreich?

Man sagt nicht zu viel mit der Feststellung, dass die Unionsparteien seit den Tagen Adenauers der deutsch-französischen Freundschaft einen höchsten Stellenwert zugewiesen haben. Das hat seine Früchte getragen. Rund 2300 Städtepartnerschaften, das Deutsch-Französische Jugendwerk, die Tätigkeit von rund 2500 deutscher Firmen in Frankreich sowie 1500 französischer Firmen in Deutschland und die Politikverflechtung im Rahmen des Élysée-Vertrages vom Januar 1963 haben in Europa ein einzigartiges Sonderver-

hältnis entstehen lassen, das weiterer Pflege bedarf. Auch die gegenseitige Zuneigung ist groß: Nach neueren Umfragen sieht eine Mehrheit der Deutschen in Frankreich und der Franzosen in Deutschland jeweils den besten Verbündeten.

Doch in den vergangenen drei Jahren haben sich die deutsch-französischen Regierungsbeziehungen problematisch entwickelt. Verschiedene kritische Punkte fallen ins Auge. Seitdem sich Frankreich und Deutschland, die wirtschaftlich lahmen Giganten in der EU, zusammen mit Italien zur nationalegoistischen Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinreißen ließen, ist ihr Kredit als Motor der europäischen Union bei vielen anderen Partnern in der EU dahingeschmolzen wie Butter unter der Sonne. Damit verbindet sich weiterer Unwille. Die ostmitteleuropäischen Beitrittsländer, doch genauso die Niederlande oder Italien, wünschen keine Instrumentalisierung der EU zum Zweck der „Gegenschattbildung“ gegen Amerika. Das von machtpolitischem Größenwahn zeugende Bestreben, durch Hereinnahme der Türkei die EU zu einer Art Großmacht im Nahen Osten zu machen, hat zwar nicht so sehr die anderen EU-Regierungen befremdet, wohl aber die Wähler in Frankreich und in den Niederlanden. Chirac, dabei voller Nibelungentreue sekundiert vom deutschen Bundeskanzler und von Außenminister Fischer, trägt deshalb nach allgemeiner Meinung die Hauptschuld am Scheitern des Verfassungsvertrages. Nicht ganz zu Unrecht betrachten

somit die Nachbarn in der EU, doch auch die Wähler im eigenen Land das derzeitige französisch-deutsche Tandem, bei dem Chirac lenkt und Schröder hinterherstrampelt, zunehmend als *entente fatale*. Unter allen denkbaren Partnern hat sich Gerhard Schröder in dem so offenkundig des Augenmaßes ermangelnden französischen Staatspräsidenten den denkbar problematischsten Kompagnon ausgesucht.

„Die Investitionen in den spätgaullistischen Dilettantismus Chiracs“, so hat Herbert Kremp unlängst mit gebotener Nüchternheit diagnostiziert, „waren ein schwerer Irrtum.“ Eine neue Bundesregierung muss deshalb deutlich auf Distanz gehen – allerdings unprovokativ und verbindlich. Schließlich darf das gute Verhältnis der Völker nicht durch das beschädigt werden, was Barbara Tuchman in einem ihrer bedeutenden Bücher kurz und bündig als „Die Torheit der Regierenden“ benannt hat. Erste Signale der Distanzierung sind schon gesetzt. Unionsparteien und FDP lehnen die auch von den Wählern in Frankreich weitgehend verworfene EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ab. Frau Merkel hat zudem deutlich gemacht, dass sie die atavistische Agrarpolitik Frankreichs, die 46 Prozent des EU-Budgets in Anspruch nimmt, nicht mehr so vorbehaltlos wie Gerhard Schröder mit Zähnen und Klauen verteidigen wird. Auch die gemeinsame Sicherheitspolitik der EU, so hört man aus dem Unionslager, müsse NATO-kompatibel sein – ebenfalls eine Absage an den Spätgaullismus. Schwer vorstellbar also, dass eine neue Bundesregierung in der 25er-EU die weithin verhassten direkторialen Attitüden eines französisch-deutschen Duos fortführen würde. Und wenn eine künftig von Union und FDP gebildete Bundesregierung wieder mehr auf marktwirtschaftliche Instrumente setzt und die Stabilität des Euro erneut als vorrangiges Ziel betrachtet, wird sich auch der bisherige wirtschaftspoliti-

sche Gleichklang mit Paris abschwächen, wenigstens vorerst.

Beim Rückblick auf die negativen Aspekte einer zu intimen französisch-deutschen Komplizität mag sich eine neue Bundesregierung daran erinnern, dass gute Außenpolitik nicht nur durch politische Substanz, sondern auch durch seriösen Stil ausgezeichnet ist. *Le style, c'est l'homme* lautet ein französischer Aphorismus. Die unbekömmliche Mischung von Sprunghaftigkeit, Streitsucht, Rechthaberei, Emotionalisierung und Kumpelhaftigkeit im Umgang mit ausländischen Staatsmännern hat nicht nur der Regierung Schröder geschadet, sondern auch den deutschen Interessen. Mehr Stetigkeit, professionelle Verbindlichkeit, Nüchternheit und würdiges Auftreten wären wünschenswert. Ob die Gesetze des Medienzeitalters dies zulassen, bliebe jedoch abzuwarten.

Wie unentbehrlich ist Amerika, und wie gefährlich?

Indirekt würde eine gewisse Distanz zu der unruhigen, ständig zur Amerikakritik disponierten Pariser Regierung auch den von Rot-Grün unüberlegt beschädigten deutsch-amerikanischen Beziehungen zugute kommen. Bekanntlich sind alle Großmächte gefährlich, eine Supermacht erst recht. „Wo die Elefanten tanzen, seufzt das Gras“, heißt es in einem afrikanischen Sprichwort. Von Amerika ist sicherlich nicht nur Vernünftiges und Wünschenswertes zu erwarten. Aber freundschaftlich-dämpfende Einflussnahme auf eine Weltmacht, die in einer anderen Liga spielt als Frankreich, Deutschland, England oder auch die versammelten EU-Länder, ist erfahrungsgemäß aussichtsreicher als die sterile Konfrontation und der teils hochriskante, teils lächerliche Versuch der „Gegenmachtbildung“. Im Übrigen lassen sich die meisten gravierenden Probleme des frühen 21. Jahrhunderts nur mit den USA zusammen bewältigen, oder sagen

Eine Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte den Normalisierungskurs zwischen Deutschland und den USA fortsetzen und dabei von dem Kapital zehren, das sie in der Stunde der Krise in Washington angesammelt hat. Hier: gemeinsam mit George W. Bush am 23. Februar 2005 in Mainz.

© dpa, Foto: Julia Fassbender



wir vorsichtiger, wenigstens halbwegs bewältigen: die Proliferation von ABC-Masenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus und die globalisierte Kriminalität, die Energiesicherung zu halbwegs akzeptablen Preisen, humanitäres Eingreifen, wenn ein Genozid droht, Containment des „islamischen Totalitarismus“ (Yehuda Bauer), kluger Umgang mit den kommenden Großmächten Asiens und zwei Dutzend anderer Themen mehr.

Eine neue Bundesregierung würde ihr Amt zu einem Zeitpunkt antreten, da sich die vom Irak-Krieg entfesselten Stürme gelegt haben. Rot-Grün ist zwar in Amerika abgemeldet, was sich erst vor kurzem wieder in Sachen des durchaus wünschenswerten ständigen Sitzes für Deutschland im Weltsicherheitsrat gezeigt hat. Eine Bundeskanzlerin Angela

Merkel hätte es leichter. Sie würde den bereits in Gang befindlichen Normalisierungskurs fortsetzen und könnte dabei von dem Kapital zehren, das sie in der Stunde der Krise in Washington angesammelt hat – auf Kosten zeitweiliger Unpopularität bei vielen deutschen Wählern.

Denn auch eine neue Bundesregierung darf nie vergessen, dass bei den deutschen Wählern ein in kritischen Stunden jederzeit abrufbares Potenzial kulturell motivierter Amerika-Kritik gewissermaßen unter dünner Decke liegt. Sie müsste mit langem Atem und mit größtem Nachdruck viel Überzeugungsarbeit leisten, um in der Tiefe der deutschen Gesellschaft eine realistische Einschätzung des Nutzens und der alles in allem eher positiven Rolle Amerikas wieder durchzu-

setzen. Anders wäre eine transatlantische Kurskorrektur nicht durchzuhalten. Dass dabei auch Washington mitspielen müsste, versteht sich von selbst.

Eine Alternative zur uferlosen Erweiterung der EU?

Nach dem Debakel der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden ist der Verfassungsvertrag für Europa natürlich mausetot. Da eine neue Bundesregierung darin kein Prestige investiert hat, kann sie diese Blaupause für den Turmbau zu Babel gelassen beiseite legen. Zu den verunglückten Konstrukteuren gehörten nämlich nicht nur die ziemlich kurzsichtigen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die allen Anlass hätten, in sich zu gehen. Der Verfassungsvertrag war auch ein Lieblingsprojekt der rot-grünen Bundesregierung. Bundesaußenminister Fischer war ein Chef-Architekt der überdrehten Idee, einen von Föderalisten dominierten Konvent einzuberufen und eine simple Änderung an den EU-Verträgen, wie sie wahrlich nicht das erste Mal vorgenommen wurde, zur Verfassung Europas hochzustilisieren. Auch der Entschluss, parallel zur Ratifikation des Vertrages zu allem hin noch die Beitrittverhandlungen mit der Türkei ohne die geringste Spur von Augenmaß für die politischen Auswirkungen dieses Kraftaktes zu forcieren mit den bekannten Folgen, ist in starkem Maß Rot-Grün anzulasten.

Dass die insensible Übertreibung des positiven Konzeptes eines Zusammenschlusses Europas weit über das Lager von Rot-Grün herausreichte, wird heute insgeheim auch bei den Unionsparteien und bei der FDP eingeräumt, sofern keine Fernsehkameras und Mikrofone dabei sind. Die Europapolitiker haben mit dem Beharren auf der fixen Idee, die EU hinter dem Rücken der Staatsvölker quasi-staatlich zu vertiefen und gleichzeitig uferlos zu erweitern, das gesamte Projekt Europa

erst einmal an die Wand gefahren. Inzwischen nützen alle Beteiligten – Hauptschuldige, Belastete und bloße Mitläufer – die in Brüssel verordnete „Denkpause“.

Dabei hat es die derzeitige Opposition viel leichter als die rot-grüne Regierung. Mit sicherem Instinkt für das den Wählern Zumutbare haben die Unionsparteien und die FDP schon vor dem Referendumdebakel eine Vollmitgliedschaft der Türkei abgelehnt. Allerdings ist die dabei entwickelte Perspektive der „privilegierten Partnerschaft“ vorerst nur eine Leerformel. Eine neue Bundesregierung sieht sich somit der Aufgabe gegenüber, diese zu substanziieren. Dabei wird es gar nicht so einfach sein, ein Modell zu entwickeln, das mehr ist als ein Assoziationsstatus und eine Zollunion, doch weniger als die Vollmitgliedschaft.

Inzwischen sickert aber auch die Erkenntnis durch, dass die Türkei nur ein besonders unverdaulicher Brocken unter vielen anderen wäre. Man blicke nur nach dem Balkan und nach Osteuropa, um sich klarzumachen, welchen Staaten auf kürzere oder längere Sicht das Nah- oder Fernziel der Vollmitgliedschaft vor Augen geführt wurde: Rumänien (2007), Bulgarien (2007), Kroatien (vielleicht 2009), und dann mit noch ungewisser zeitlicher Perspektive: Türkei, Albanien, Mazedonien, Serbien (vielleicht auch ein unabhängig gewordenes Montenegro und der Kosovo), Bosnien-Herzegowina, die Ukraine, Moldawien... Aus Brüsseler Sicht wäre eine EU mit 35 und mehr Vollmitgliedern machbar, wenn nicht wünschbar. „Wir müssen diesen Ländern eine europäische Perspektive geben“, heißt das im Verheugen-Deutsch. Für viele Wähler ist das aber schon lange ein Albtraum; nun werden auch die bislang leichtsinnigen Politiker und Europa-Parlamentarier von Albträumen heimgesucht. Tatsächlich ist die jüngste Erweiterung auf 25 Mitglieder noch längst nicht verdaut – weder wirtschaftlich noch außenpolitisch, noch bud-

getär, noch psychologisch. Jede zusätzliche Erweiterung vergrößert die Schwierigkeiten – in den einzelnen Ländern und für die EU als Ganze.

Aber wäre ein Beitrittsmoratorium durchsetzbar? Albträume der Regierungen und der hohen Bürokraten pflegen erfahrungsgemäß zu verfliegen, je weiter sich diese zeitlich von einem Debakel wie dem der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden entfernen. Wollte eine neue Bundesregierung ihren Wählern wirklich die Sicherheit geben, selbst darüber zu befinden, wer ins europäische Haus hinein soll und wer nicht, so müsste die Union über den eigenen Schatten springen und Referenden in Beitrittsfragen zulassen. Schließlich muss die politische Basis der Zivilgesellschaften mit den Auswirkungen unerwünschter Migration und permanenter Erweiterung fertig werden. Auf den europäischen Gipfeln und gegenüber Regierungen von Beitrittskandidaten ist es den einzelnen Regierungen aus vielen Gründen fast unmöglich, konsequent „Nein“ zu sagen – selbst wenn sie das wollten. Nur die Furcht vor negativen Referenden zu Hause wäre eine hinlänglich starke Bremse. Demokratietheoretisch ist das kein Problem, ganz im Gegenteil – es wird auch anderswo in Europa praktiziert. Tatsächlich würde sich eine neue Bundesregierung das Leben stark erleichtern, wenn sie dem möglichen Erweiterungs-Leichtsinn ihrer EU-Partner oder auch dem Leichtsinn nachfolgender Bundesregierungen durch ein Beitrittsreferendum Zügel anlegen würde. Aber wird die referendumsscheue CDU wirklich intelligent genug sein zu erkennen, was zum Besten der EU, zum Besten Deutschlands und – leise nur sei es gesagt – auch zu ihrem eigenen Besten wäre?

Kann und darf die EU noch weiter vertieft werden?

Wahrscheinlich ist das die schwierigste Grundsatzfrage der Europapolitik, mit

der eine neue Bundesregierung konfrontiert sein wird. Im Moment ist sie empirisch leicht zu beantworten: Jeder Versuch, dem gescheiterten Verfassungsvertrag in absehbarer Zeit einen neuen Vertrag hinterherzuschicken, würde mit ziemlicher Sicherheit in zwei, drei oder vier Referenden erneut auflaufen. Der Geist des Nein ist aus der Flasche, und es wird künftig auch nicht mehr möglich sein, kleinere Länder wie einstmal Dänemark oder Irland zu nochmaligen Referenden zu nötigen, nachdem dies den Franzosen und den Niederländern gegenüber niemand wagen kann.

Die EU wird somit auf absehbare Zeit auf dem nicht idealen, aber vielleicht doch praktikablen Vertrag von Nizza festsitzen. Kleinere, praktische Veränderungen in diesem Rahmen sind durchaus möglich, der Traum vom großen Sprung zum Quasi-Staat Europa mit eigener Identität, übergeordnetem Rechtssystem und gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik ist für lange Zeit ausgeträumt, vielleicht für immer. Man muss sich also bescheiden.

Ein großer Schaden ist das nicht, eher eine Wiederentdeckung. Wenn Europa vom Atlantik bis zum Ural und von Island bis zu den griechischen Inseln historisch einmalig ist, so dank der großen Vielfalt seiner Staaten und Völker. Der Versuch, diese Vielfalt in einem Brüsseler Quasi-Superstaat zu zentralisieren, ist genauso zum Scheitern verurteilt wie die einstigen hegemonialen Großmachtimperialismen Spaniens, Frankreichs und zuletzt Deutschlands. Die EU hat nur Zukunft, wenn sie einigermaßen locker gefügt bleibt und wenn sie lernt, sich wieder vernünftig zu dezentralisieren.

Darunter müsste die weitere Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes durchaus nicht leiden. Das Scheitern des Verfassungsvertrages gefährdet genauso wenig den Fortbestand des Europäischen Währungssystems. Selbstver-

ständlich wird sich auch für den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007 bis 2013 eine Lösung finden lassen. Dieses Thema wurde über Gebühr aufgebauscht, um vom Nein bei den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden abzulenken. Die EU muss es eben lernen, mit den vorhandenen Institutionen auszukommen. Wenn sie gut beraten ist, wird sie auch den Club nicht um weitere Vollmitglieder erweitern (vielleicht mit Ausnahme Bulgariens und, noch problematischer, Rumäniens). Somit werden auch die Deutschen es lernen müssen, sich mit dem Stillstand der Vertiefung abzufinden. Nach wie vor bleibt die EU ein einzigartiges Experiment, auch eine Notwendigkeit.

Das heißt jedoch auch: Der Staat des Grundgesetzes wird sich nicht in Europa auflösen. Er behält seine eigene Staatsräson – die Staatsräson einer europäisch unauflöslich verflochtenen, weltoffenen, auch stark humanitär beflügelten Demokratie, aber eben doch eines Staates, der das Wohl und den politischen Willen seiner Bürger, der auch die Bewahrung der eigenen Identität und der den eigenen Nutzen an die erste Stelle zu rücken hat, im zweiten Rang dichtauf gefolgt von der EU, die im wohl verstandenen eigenen Interesse zusammengehalten, konsolidiert und dynamisiert werden muss – dies aber als Staatenbund und nicht, wie Walter Hallstein dies einstmals formuliert hatte, als „unvollendeter Bundesstaat“. Möglicherweise wird das Bundesverfassungsgericht dem Verdikt der Franzosen und Niederländer zusätzlich

noch seinen eigenen Spruch hinterher-schicken.

Außen- und Europapolitik des Ausgleichs

Was bedeutet dies ganz allgemein für die neue Regierung? Sie wird gut daran tun, einerseits die EU in der gegenwärtigen Form und in der gegenwärtigen Mitgliedschaft als Definitivum zu akzeptieren. Sie sollte andererseits viel klüger und umsichtiger als Rot-Grün in diesem komplizierten Staatenbund eine Europapolitik des Ausgleichs betreiben: Ausgleich zwischen den schwer zu bündelnden Interessen in der EU, besonders zwischen Paris und London, Ausgleich auch zwischen den wohlhabenden Alt-Mitgliedern der EU und den neuen Demokratien, Ausgleich ebenso zwischen den großen Ländern und den wenigen mittleren sowie den vielen kleinen – dabei nicht zu vergessen den Ausgleich zwischen der EU und Amerika, aber auch zwischen der EU und Russland. Geostrategisch, wirtschaftsgeografisch, auch historisch liegt Deutschland nun einmal in der Mitte Europas. Eine Außenpolitik und eine Europapolitik des allseitigen Ausgleichs ist diesem Land aufgegeben. Es hat in den letzten Jahren einiges Lehrgeld bezahlt. Deshalb sollte es die polarisierende Einseitigkeit der spät-gaulistischen Agenda ebenso hinter sich lassen wie den Brüsseler Größenwahn eines *Europe puissance* der 35 bis 40 Mitglieder oder das lächerliche Spiel mit „Gegenschafftbildung“, wozu die Kräfte fehlen. Es ist schon so: Man sollte es „grundlegend anders machen“. Man kann das aber auch.

Menschenrechte einfordern

„Der CDU-Aussenpolitiker Wolfgang Schäuble hat bei Gesprächen mit russischen Spitzenpolitikern in Moskau [am 24. August] den Tschetschenien-Konflikt nach eigenen Worten zur Sprache gebracht. [...] Die Union hat die Russland-Politik von Bundeskanzler Schröder v. a. mit Blick auf den Tschetschenien-Konflikt und Berichte von Menschenrechtsverletzungen in der abtrünnigen Kaukasus-Republik als zu unkritisch bemängelt.“

Meldung der Neuen Zürcher Zeitung am 26. August 2005.